



Gipfel-Nachrichten

Eine Information der GdP für Einsatzkräfte beim NATO-Gipfel 2009

Ausgabe 2
vom 30.03.2009

**Wir sind für
Euch
erreichbar**

Landesbezirk
Baden-Württemberg
GdP Hotline
07000 2255 437

Landesbezirk
Bundespolizei
GdP-Hotline
01577-4435402

Unsere Themen:

Leserbriefe

Jetzt wird es tatsächlich ernst!
(Seite 1)

Pressemeldung

**Regierungspräsidium
Karlsruhe gibt
Stellungnahme ab**
(Seite 2)

NATO Gegner Aktivität

**Camp Aufbau
hat begonnen**
(Seite 3)



Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk Baden-Württemberg
Einsatzgeschäftsstelle Baden-Baden
Hotline: 0700 0 2255 437
V.i.S.d.P. Rüdiger Seidenspinner
Redaktion: Thomas Mohr
Mobile Presse- und Geschäftsstelle
info@gdpmannheim.de
Telefon 01520-1775418

Landesbezirk Bundespolizei
Geschäftsstelle NATO-Gipfel
GdP-Phone 01577-4435405



Foto: GdP

Größter Einsatz in der Geschichte Baden-Württembergs läuft an:

BAO-Atlantik verteilt Einsatzhandbuch zum NATO-Gipfel 2009 an die Einheiten der Polizei

Baden-Baden/Freiburg/Kehl:

Für die rund 20.000 Einsatzkräfte der Polizei hat die BAO-Atlantik ein umfassendes und informatives Einsatzhandbuch zusammengestellt und verteilt.

Nun beginnt so langsam die „Vorwärmphase“ des größten Polizeieinsatzes in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Aus dem gesamten Bundesgebiet treffen die einzelnen Einheiten so allmählich ein. Die BAO-Atlantik hat im Vorfeld ihrer Vorbereitung alles getan, versichert Bernhard Rotzinger, der Polizeiführer der BAO-Atlantik. Auch sein Vertreter Detlef Werner ist zuversichtlich und

vertraut darauf, das alle gemeinsam die gestellte Herausforderungen bestehen werden.

Die Polizei wird sich der Weltöffentlichkeit anlässlich des NATO-Gipfels 2009 diszipliniert, kompetent und sympathisch präsentieren, verspricht Polizeiführer Bernhard Rotzinger.

Wir, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), wollen auch gerne unseren Beitrag dazu leisten und gerade deshalb sind wir vor Ort dabei. Wenn die Rahmenbedingungen wie z.B. Unterkunft, Verpflegung und Einsatzzeiten stimmen, dann werden auch die Einsatzkräfte motiviert den Einsatz meistern.



Leserbriefe an die Redaktion

Jetzt wird es tatsächlich ernst

Die Phase I läuft. Auf der Fahrt nach Kehl auf der B 28 begegnen dir derzeit bestimmt 5 BPOL-Fahrzeuge, aber Sachbearbeiter für die Aufnahme einer Sachbeschädigung sind ganz schwer auffindbar.

In der BPOLI selbst geht es zu wie im Bienenstock, wenig bekannte Gesichter, viele fragende Blicke. Die Versorgung scheint zu klappen. Die angezeigten Kollegen aus der ganzen Republik sind zufrieden mit der Unterbringung. Die Versorgung mit Lunchpaketen klappt. Die zwei Administratoren der BPOLI Offenburg sind mittlerweile seit 14 Tagen nahezu täglich 10 Stunden am Equipment aufbauen und einrichten. Schon lange angeforderte Handys sind heute nach unzähligen Rückfragen tatsächlich doch noch angekommen.

Die Container an den Kontrollstellen können jetzt vollständig eingerichtet werden. Aber wo bleibt der Witterungsschutz? Von Anfang an gefordert, lange nicht lieferbar, sollen jetzt aber tatsächlich kommen. Bisher war es kalt und es hat geregnet. Ab Sonntag soll es aber dann bei uns in der Ortenau Frühling werden mit Temperaturen bis zu 15 Grad.

Die Kolleginnen/Kollegen der Folgemaßnahmen sind noch schwer am Röteln, hier läuft es z.B. wegen Anfahrt, Dienstplan, Infofluss nicht ganz so rund. Wird sich hoffentlich noch einpendeln. Eigentlich sind alle mit sich selbst beschäftigt, den neuen Partner kennenlernen, sich zurecht finden, einleben in der Straßburger Straße 14. Alle voller Tatendrang und Eifer. Nur freundliche Gesichter.

Die Findungsphase, eine nervenaufreibende schwierige Zeit. Es menschtelt halt überall. Dies war mal ein kleiner Zeitraffer vom ersten Tag der Phase 1.

Harry Rank
BPOLI Offenburg

Eine Nachrichtenseite der GdP für einen Einsatz?

Als langjähriges Mitglied der Gewerkschaft der Polizei und einigen Dienstjahren auf dem Buckel habe ich schon sehr viele Publikationen unserer GdP wie auch anderer Gewerkschaften gelesen.

Mit großem Interesse las ich die erste Ausgabe der „Gipfel Nachrichten“. Eine Nachrichtenseite der GdP für einen Einsatz? Das ist auch für mich neu.

Allerdings hatten wir in den zurückliegenden Jahren auch keinen Einsatz in dieser Dimension. Wenn man die Größe des Einsatzes und das ganze Drum-

herum betrachtet muss ich sagen, dass die Gipfel Nachrichten eine sehr gute Idee sind um die Daheimgebliebenen und die Einsatzkräfte vor Ort auf dem Laufenden zu halten. Den Einsatzkräften diese Plattform zu bieten in Verbindung mit den Ansprechpartnern vor Ort finde ich aus meiner Sicht einzigartig und nachahmenswert.

Allein von unserem Landrevier sind 9 Kollegen im Einsatz. Wer von einem Landrevier kommt oder dort schon mal Dienst gemacht hat weiß was das heißt und die Kollegen die von einem

Stadtrevier kommen können es sich sicher gut vorstellen. Da darf nichts Größeres mehr passieren, denn wer soll unterstützen? Den umliegenden Revieren geht es ja nicht anders.

Man kann nur hoffen, dass an der Heimatfront alles ruhig bleibt und der Einsatz reibungslos abläuft. In diesem Sinne wünsche ich allen Kollegen/-innen einen ruhigen Dienst und einen ruhigen Einsatz beim Nato-Gipfel.

Manfred Holzer, POK
PRev. Bad Schönborn

Schade...

... daß es trotz aller Vorbereitungen der Führungsstäbe, der wahrscheinlich hervorragenden Organisation und des ganzen Energieaufwandes doch zu einem großen Manko gekommen ist.

Festgemacht an meinem Beispiel spreche ich auch für Kollegen, die mir die selbe Situation mitgeteilt haben, nur um mal zu betonen, daß es sich hier nicht um meinen ganz persönlichen Einzelfall handelt.

Seit Wochen habe ich eine erzürrte Frau daheim sitzen, die von mir endlich gerne wissen würde, wann ich den wo genau und wie zu arbeiten habe während des Gipfels. Meine Frau ist Vollzeitberufstätig und benötigt für eine sehr verantwortungsvolle Arbeit einen Zeitplan in Abstimmung mit meiner Arbeit.

Seit ca. 4 Wochen weiß ich, dass ich bei der BAO Atlantik, EA12, eingesetzt werden soll. Zuerst hieß es, vom 27.03. bis 05.04.09 durchgehend. Auf einem Infotag in Böblingen am 11.03. hieß es dann mündlich, daß man eigentlich nichts genaueres zu unserer Verwendung weiß, aber wahrscheinlich!!! ab 01.04. erste Einsätze gefahren werden. Seitdem habe ich genau wie andere Kollegen des Abschnittes keine Information mehr erhalten, wann und wo ich arbeiten werde, was ich dort genau zu tun habe, welche Ausrüstung ich bekomme, wie ich dort hinkomme, wo ich untergebracht sein werde, ob ich Tagschicht oder Nachtschicht

fahren werde, ob ich dazwischen auch mal nach Hause darf, ob wir Bereitschaft vor Ort habe, Rufbereitschaft habe.

Auf gut Deutsch: Ich weiß nichts!!!! Nicht mal ob ich überhaupt eingesetzt werde und wann vor allem!!!!

Es spielt für mich gar keine Rolle, wer da irgendwelche Planungen, Bekanntgaben und Befehle seit 6 Monaten verzögert oder blockiert!

Tatsache ist einfach, dass diese Desinformation so super demotivierend auf alle betroffenen Einsatzkräfte wirkt, dass inzwischen eine anfängliche Euphorie für den Einsatz vollständig verflogen ist. Wir sind doch die Leute, die sich nachher an der Front die Steine für unsere Bevölkerung, Politiker, Gäste und die Nation einfangen, evtl. verletzt im Krankenhaus liegen werden und uns wirklich aufopfern - also echt unseren Kopf hinhalten! Wir sind das eigentliche Werkzeug!

Und scheinbar sind wir für manche Planer wirklich nur leblose Werkzeuge ohne persönliche Ansprüche, Bedürfnisse oder Familie. Wieso geht man so demotivierend und lieblos mit uns um? Mein Frau hielt eigentlich viel von der Polizei - aber seitdem ich seit 4 Wochen heim komme und einfach zugeben muss, dass niemand irgendwo jemals einen Marschbefehl gesehen hat und niemand weiß was wann passieren wird, seitdem hält auch sie nichts mehr von unserem Verein.

Zitat: "Sag mal, was stellen die

sich eigentlich vor, so mit Euch umzugehen?! Glauben die eigentlich, Polizisten haben keine Familien, haben keine Frauen, die arbeiten müssen?"

Das ist dann mal Öffentlichkeitsarbeit, wie sie die Polizei nicht gern sieht!!! Und in meinem Einsatzabschnitt sind über 100 Beamte betroffen, hinzu kommen 100 verärgerte Frauen daheim und etliche Kinder, also mindestens 200 Menschen mehr, die von der Polizei jetzt gar nicht mehr so viel halten!

Wir sind bereit, für das Land, den Gipfel, die Nato zu arbeiten - wo bleibt die Fürsorge der Verantwortlichen für uns eingesetzte Beamte???

Desinformation ist der beste und beliebteste Motivationskiller für das arbeitende Volk ganz unten an der Basis.

Schade, dass man bei allen guten Vorbereitungen für die Politik und die Beamten mal wieder ein paar Beamte vergessen hat... Schade!

... so, und ich gehe nachher ohne jegliche Information Heim aus der Nachtschicht und werde bis zu meiner Rückkehr zur Dienststelle am 31.03. weiterhin völlig im Dunkeln tappen. Wie glaubt ihr denn, dass am 01.04.09 mein ganz persönliche Motivation aussieht???

Chris Aretz, POK
PRev KA-Ettingen

Wir, die Gewerkschaft der Polizei, wollen, dass sich alle Einsatzkräfte wohlfühlen. Wir haben im Vorfeld des NATO-Gipfel dafür gekämpft, dass in Sachen Unterkunft, Verpflegung und Dienstzeiten die Rahmenbedingungen eingehalten werden sollen.

Deshalb sind unsere GdP Funktionsträger und Personalräte im Einsatzraum unterwegs. Sollte es trotz allem zu irgendwelchen gravierenden Beanstandungen kommen, dann einfach die GdP Hotline Nummer wählen. Wir kümmern uns darum!



Wenn Du Hilfe brauchst! Die GdP ist für Dich da!





Verschweißte Gullydeckel



Die Gegner des Nato-Gipfels, der am ersten April-Wochenende in Baden-Baden, Kehl und Straßburg stattfindet, machen ab dem heutigen **M i t t w o c h** verschärft mobil. Für Freiburg, wo die Polizei ihren zentralen Planungsstab für das Treffen eingerichtet hat, ist eine erste "unangemeldete antimilitaristische Demonstration" geplant, wie es bei der Protestgruppe "Resistance des deux Rives - Widerstand der zwei Ufer" hieß. In der Universitätsstadt im Badischen wird gleichzeitig das "Convergence Centrum" eröffnet, das den Anti-Nato-Aktivistinnen als Anlaufpunkt dienen soll.

Auf dem Nato-Gipfel am 3. und 4. April feiern die Mitgliedstaaten das 60-jährige Bestehen des Militärbündnisses. Erstmals findet ein solches Treffen in zwei Ländern statt - in Deutschland und Frankreich. Es beginnt mit einem Arbeitsdinner der Staats- und Regierungschefs plus nachfolgendem Opernbesuch in Baden-Baden. Am zweiten Tag gibt es einen Fototermin auf der Mimram-Rheinbrücke bei Kehl und dann die eigentliche Nato-Tagung in Straßburg. Erwartet wird auch der neue US-Präsident Barack Obama. An dem Gipfel nehmen rund 3500 Delegierte teil.

Die Sicherheitsbehörden rechnen damit, dass 25 000 Gipfel-Gegner nach Baden-Baden und Straßburg kommen werden. Zur Sicherung des Treffens werden rund 15 000 Polizisten eingesetzt, etwa 6600 davon kommen aus Baden-Württemberg. Die Bundeswehr soll Überwachungsflüge fliegen. Klein- und Modellflugzeuge dürfen an den beiden Tagen nicht gestartet werden. Der Gipfel beeinträchtigt auch die Rheinschifffahrt. Während des Fototermins auf der Kehler "Passerelle des deux Rives" wird der Fluss für vier Stunden gesperrt - durch "schwimmende Ketten" je 500 Meter flussauf- und -abwärts. Zudem finden die eigentlich abgeschafften Grenzkontrollen vor und während der Gipfeltage wieder statt.

Die Nato-Gegner kündigen zahlreiche Aktionen an, zum Beispiel Demonstrationen in Baden-Baden und Straßburg, ein Internationales Camp im Süden der französischen Stadt und einen Kongress ("No to War, No to Nato"). Hauptevent ist die internationale Großdemo in Straßburg am Samstag. Auf Hunderten Treffen diesseits und jenseits des Rheins haben sich die Gegner bereits vorbereitet. "Es wird eine große Sache", sagte der Sprecher des Bündnisses "No to Nato", Reiner Braun, der FR. Die Mobilisierung sei vergleichbar mit dem G 8-Treffen in Heiligendamm im Sommer 2007.

Die Polizei befürchtet Randalen. Etwa 3000 Gegner seien gewaltbereit, heißt es in baden-württembergischen Sicherheitskreisen. Diese wollten die Proteste "für Ausschreitungen nutzen". Braun wies das zurück. "Das ist die übliche Hysterie, die der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech schürt". Die Polizei solle dafür sorgen, dass gute Routen für die Demonstrationen zur Verfügung stehen, und müsse "aufhören, Provokateure in die Demo-Züge zu schicken". Dann würden die Proteste friedlich sein.

Polizeibeamte durchsuchen seit Wochen jeden Winkel der Gipfelstädte. Laut Stuttgarter Zeitung haben sie für Baden-Baden Absperrzäune mit einer Gesamtlänge von knapp zehn Kilometer organisiert, um die "Sicherheitszone" um das Kurhaus herum abzutrennen. Straßenzüge und Häuserzeilen in der Nähe wurden untersucht. Die Beamten hätten sich über "Wurfweiten" und "Schusswinkel" Gedanken gemacht und die Absperrungen danach ausgerichtet, heißt es.

Vor dem Gipfel werden dann die Gullydeckel verschweißt, wie man das von früheren Gipfeln kennt, die in Großstädten abgehalten wurden. Kein möglicher Angreifer soll aus dem Untergrund auftauchen können.

Pressemeldung des Reg. Präs. Karlsruhe: Stellungnahme zur Pressemitteilung des Bündnisses „Nato geht baden“

In einer Pressemitteilung vom 19.03.2009 äußerte sich das Bündnis „Nato geht baden“ zu einem Kooperationsgespräch, das im Regierungspräsidium Karlsruhe am 18.03.2009 stattgefunden hatte. Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist für Demonstrationen in der Zeit des NATO-Gipfels als zentrale Versammlungsbehörde tätig und hat in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob die Durchführung einer Versammlung die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet. Im Rahmen dieser Prüfung führt das Regierungspräsidium Karlsruhe zur Zeit Gespräche mit Veranstaltern, die eine Demonstration im Rahmen des NATO-Gipfels angemeldet haben.

Gegenstand dieser Gespräche sind die Planungen der Versammlungsanmelder, aber auch die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die aktuellen polizeilichen Gefahreinschätzungen. Das Regierungspräsidium legt Wert auf einen sachlichen und fairen Verlauf dieser Gespräche und weist den Vorwurf, das Kooperationsgespräch am 18. März habe einen unsachlichen Verlauf genommen, entschieden zurück.

Soweit die Gruppe Enttäuschung über das Ergebnis dieses Gesprächs äußert, nimmt das Regierungspräsidium Karlsruhe zu den sachlichen Hintergründen wie folgt Stellung:

In dem am 18.03.2009 im Regierungspräsidium Karlsruhe geführten Kooperationsgespräch wurden die von den Vertretern der Gruppe angemeldeten Versammlungen erörtert; ein sogenannter Infopunkt vom 02. - 03.04.09 sowie eine Demonstration am 03.04.09.

Der von den Anmeldern für den Infopunkt gewünschte Standort in der Oosau wurde in diesem Gespräch aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Zum einen sind Teile dieses Gebietes Überschwemmungsflächen für die Oos. Außerdem ist bereits seit längerem geplant, auf dieser Fläche während des Natogipfels einen Rettungshubschrauber zu stationieren, um trotz der zu erwartenden schwierigen Verkehrsverhältnisse in Baden-Baden und Umgebung die schnelle notärztliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass die städtische Polizeiver-

ordnung das Zelten in öffentlichen Grünanlagen untersagt. Die Stadt Baden-Baden als Eigentümerin der Fläche hat die von der Gruppe gewünschte Inanspruchnahme der Fläche abgelehnt, da sie eine Beschädigung der Anlage befürchtet, insbesondere bei nasser Witterung. Als Alternative wurde der Gruppe eine ca. 1.000 qm große asphaltierte Fläche auf dem Bahnhofsvorplatz in Baden-Oos angeboten, mit der Möglichkeit, die dort vorhandenen Stromanschlussmöglichkeiten zu nutzen. Diese Fläche ist aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu Zug- und Busbahnhof als Standort für einen Infopunkt für anreisende Versammlungsteilnehmer besonders gut geeignet. In einem gemeinsamen Ortstermin mit den Versammlungsanmeldern, der Polizei und der Stadt Baden-Baden am 17.03.09 wurde die Fläche der Gruppe vorgestellt, im Gespräch am 18.03. dann jedoch von dieser für die von ihr geplanten Zelte mit einer Grundfläche von insgesamt etwa 200 qm als zu klein abgelehnt.

Hinsichtlich der am 03.04.09 angemeldeten Demonstration vom Infopunkt über die Rheinstraße zum Kurhaus in Baden-Baden wurden dem Anmelder im Gespräch am 18.03. die Gründe erläutert, warum die gewünschte Aufzugsstrecke nur bis zum Bernhardusplatz führen kann. Die Demonstration ist zu einer Zeit geplant, an der die Staatsgäste und deren Delegationen in Baden-Baden eintreffen, die Zufahrtsstraßen stehen daher für Demonstrationen nicht zur Verfügung. Zudem liegen Teile der Aufzugsstrecke in der für den Schutz der Gipfelteilnehmer unbedingt notwendigen Sicherheitszone um das Kurhaus.

Gegenstand des Gesprächs waren auch Ankündigungen in Presse und Internet einzelner Vertreter der Versammlungsanmelder, dass konkret Blockadeaktionen u.a. auch in Baden-Baden durchgeführt werden sollen. Seitens der Versammlungsbehörde wurde darauf hingewiesen, dass einerseits das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist, dass die Rechtsprechung aber auch der ungestörten Durchführung von staatlichen Veranstaltungen eine hohe Bedeutung zuschreibe.



Hier wollen wir die Einsatzkräfte über Aktivitäten der NATO-Gegner informieren !

NATO Widerstand:

Camp Aufbau hat begonnen

Pressemeldung von Gipfelsoli und Résistance des deux rives)

Quelle: www.schattenblick.de

Der Aufbau des Widerstandscamps zum NATO-Gipfel in Strasbourg hat heute offiziell begonnen. Auf dem Gelände im Stadtteil Ganzau wächst ein wichtiger Teil der Infrastruktur des internationalen Protests.

Das Gelände ist in vier Flächen unterteilt. Außer den Zelten der Demonstranten entstehen Küchen, ein alternatives Medienzentrum, ein Infopunkt, Platz für Anwälte und Rechtshilfeaktivisten, autonome Demosanitäter sowie Zelte für Workshops und Gesamtplenium.

Die Präfektur Strasbourg hatte die Camp-Organisatoren zunächst mit hohen Auflagen konfrontiert, die von den Aktivisten rundherum abgelehnt wurden. Mit der Aussicht, dass im Falle des Scheiterns der Verhandlungen anreisende AktivistInnen "out of control" campen oder notfalls leerstehende Häuser besetzen, hat die Behörde dennoch bereits letzte Woche begonnen Sanitäranlagen und Befestigungen für Wege zu installieren.

Währenddessen üben Gipfelgegner erneut heftige Kritik an extremistischen Äußerungen der Polizei. Zuletzt hatte der Polizeipräsident Baden-Württembergs, Hetger, davon gesprochen dass Demonstranten an der Grenze "selektiert" und "verarbeitet" würden. "Im 70. Jahr nach dem deutschen Überfall auf Polen und der dann durch die deutsche Polizei unterstützten fabrikmäßigen Vernichtung von Menschen ist es unerträglich, dass ein deutscher Polizeiführer wieder Menschen aussortieren will", kritisiert Monty Schädel, Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK.

Die Polizei in Strasbourg hat diese Woche versucht, Einwohner der Stadt einzuschüchtern und antimilitaristische Transparente an Fassaden und Balkonen zu entfernen. Dies hatte landesweite Entrüstung hervorgerufen.

Am Montag nächster Woche findet unter dem Motto "Make milita-



Widerstandscamp im Stadtteil Ganzau (Strasbourg)

rism history" in Freiburg eine nicht angemeldete Auftaktdemonstration zum NATO-Widerstand statt. Am Mittwoch darauf öffnet das Camp in Strasbourg. Der Protest in Frankreich wird am gleichen Tag mit einer "Parade gegen den Sicherheitszirkus" begonnen.

Auch die Vorbereitungen gegen den G20-Gipfel in London laufen auf Hochtouren. Britische Polizei, Militär und Geheimdienste rechnen mit den heftigsten Protesten seit Einführung von Thatchers "Poll Tax". Aktivisten wollen Hotels stürmen, Transportrouten blockieren und haben mehrere Demonstrationen angekündigt. Die britische Polizei wertet den Widerstand als Auftakt zu einem "Summer of rage" ("Sommer der Wut") und hat bereits Notfallpläne zur Evakuierung der Delegierten ausgearbeitet. Notfalls soll das Treffen an einem anderen Ort zu Ende gebracht werden.

Deutsche und französische Gruppen haben gestern einen Aufruf in verschiedenen Sprachen veröffentlicht, der zu einem "Summer of resistance" ("Sommer des Widerstands") aufruft. Unter dem Motto "Sicherheitsarchitekturen einstürzen!" kritisieren die Aktivisten die fortschrei-

tende Verschränkung innerer und äußerer Sicherheit. Nächste Etappen der Proteste sind der G8-Gipfel im Juli in Italien und ein Widerstandscamp gegen die "EU-Grenzschutzagentur Frontex" im August in Griechenland.

Ende des Jahres wollen die EU-Innenminister unter schwedischer EU-Präsidentschaft das "Stockholm Programm" beschließen, das weitreichende Verschärfungen europäischer Innenpolitik vorsieht. Gegen das Treffen wird eine europaweite Kampagne organisiert.

